

Rückhalt für die EU, aber Zweifel an der Reformfähigkeit

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2017). *Rückhalt für die EU, aber Zweifel an der Reformfähigkeit*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57328-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Rückhalt für die EU,
aber Zweifel an der
Reformfähigkeit**

Vertraulich!

INHALT

	Seite
WACHSENDES VERTRAUEN IN DIE EU.....	1
NACH WIE VOR BEDAUERN ÜBER DEN BREXIT	8
WACHSENDE ZWEIFEL AN DER REFORMFÄHIGKEIT DER EU	12
LEITLINIEN FÜR DIE EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK.....	18

TABELLENTEIL

Tabelle

Zukunft der Europäischen Union

Zustimmung zu "Europa ist unsere Zukunft"	1
Vertrauen in die Europäische Union	2
Bereiche, in denen die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten sollten	3 a-d
Sind grundlegende politische Reformen in der EU notwendig?	4
Kommt es zu grundlegenden Reformen in der EU?	5
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung	6
Interesse an Europapolitik	7

Deutschland und Europa

Profitiert Deutschland von seiner EU-Mitgliedschaft?	8
Ist die Mitgliedschaft in der EU für die Zukunft Deutschlands von Vorteil?	9

Tabelle

Zufriedenheit mit der Vertretung von Deutschlands Interessen in der EU	10
Verhältnis Deutschlands zu Frankreich	11

Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit)

Nützt der Austritt Großbritanniens der EU?	12	a,b
Schadet der Brexit		
• Großbritannien?	13	
• der EU?	14	
Sollte die EU Großbritannien weiterhin Vorteile einer EU-Mitgliedschaft gewähren?	15	

Flüchtlingspolitik

Kann Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen?	16	
Umgang mit der Flüchtlingssituation	17	a,b
Können die EU-Außengrenzen wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung geschützt werden?	18	
Bemühungen um eine gemeinsame Lösung der Flüchtlingssituation	19	
Verständnis für restriktive Flüchtlingspolitik anderer EU-Länder?	20	

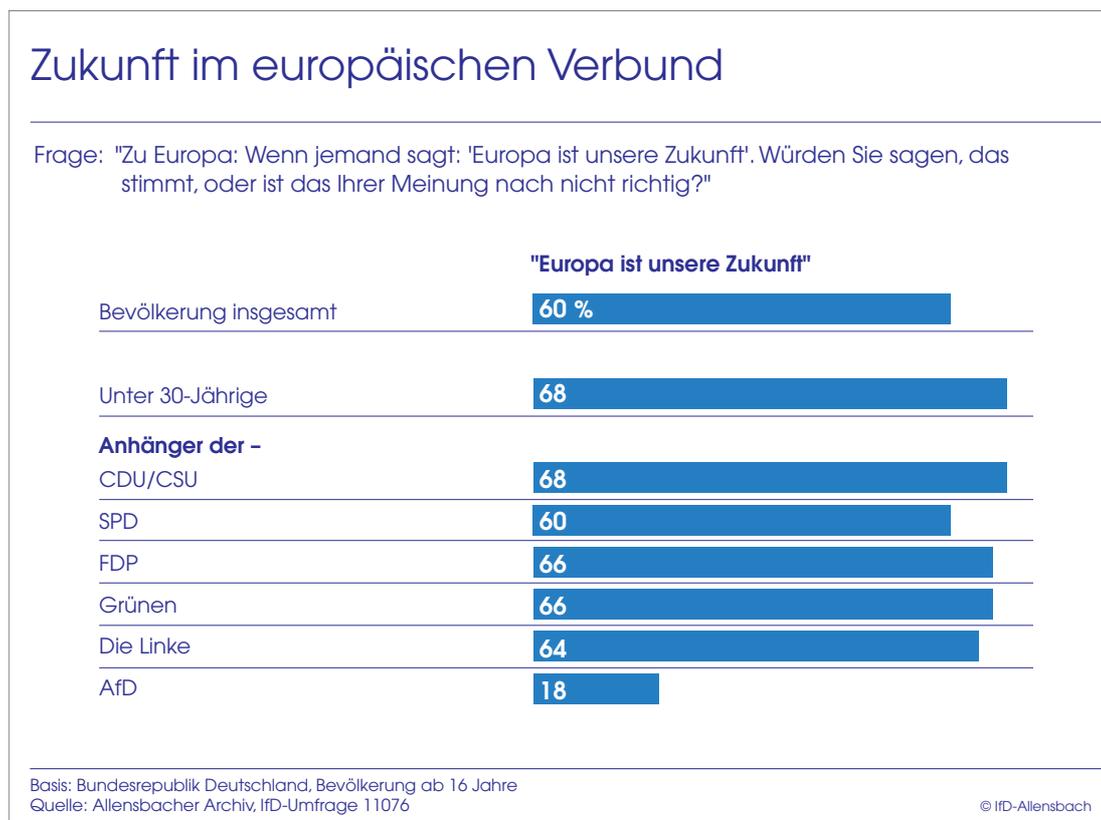
ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragenbogenauszug mit Anlagen

WACHSENDES VERTRAUEN IN DIE EU

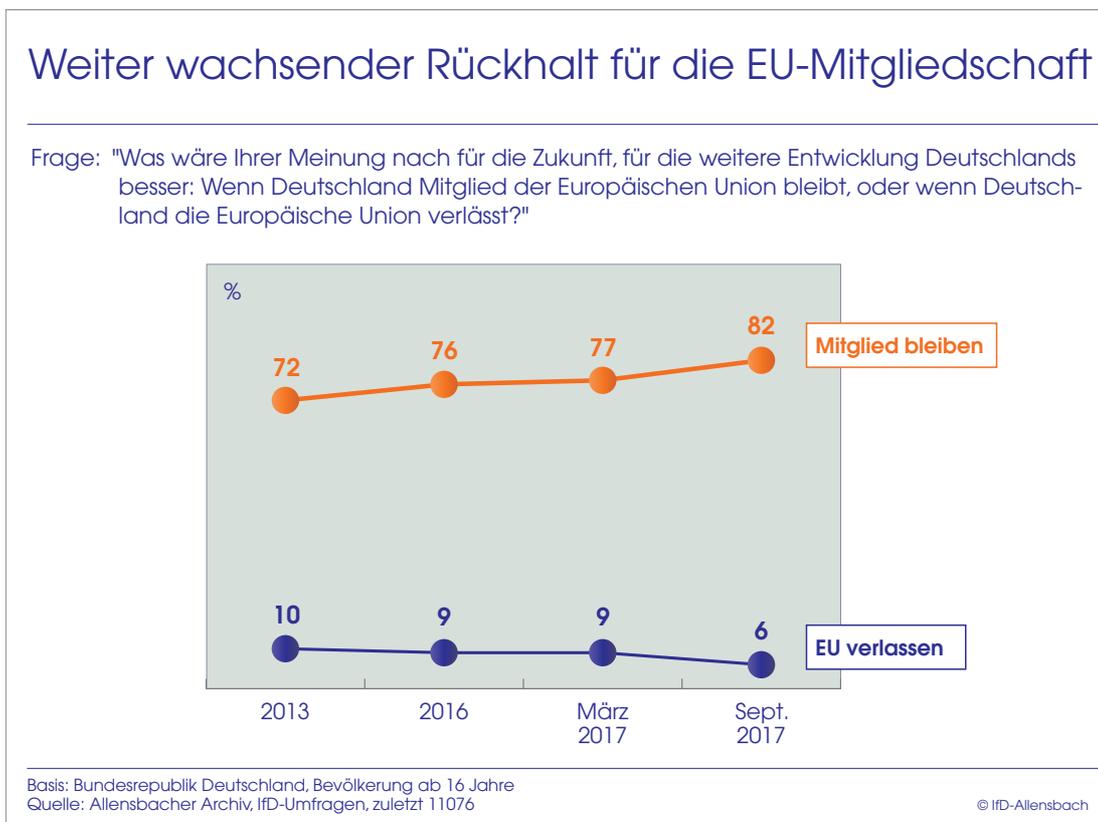
Während die Schlagzeilen zu Europa zurzeit von kritischen Themen beherrscht werden – von den schwierigen Brexit-Verhandlungen über separatistische Bestrebungen bis zur Weigerung osteuropäischer Staaten, gemeinsam getroffene Beschlüsse umzusetzen – wächst in Deutschland der Rückhalt für Europa und das Vertrauen in die EU. Die große Mehrheit der Bürger hat keinen Zweifel, dass die Einbindung in Europa für Deutschland die Zukunft ist. 60 Prozent stimmen der plakativen Aussage zu "Europa ist unsere Zukunft", in der jungen Generation 68 Prozent. Es gibt in dieser Frage einen parteiübergreifenden Konsens, aus dem nur die Anhänger der AfD ausscheren. Während in allen anderen Parteien 60 Prozent und mehr der Anhänger in Europa die Zukunft des Landes sehen, gilt dies nur für knapp ein Fünftel der AfD-Anhänger.

Schaubild 1



Der Rückhalt für die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU nimmt von hohem Niveau aus seit Jahren kontinuierlich weiter zu. 2013 waren 72 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es für die weitere Entwicklung Deutschlands besser ist, Mitglied der Europäischen Union zu sein; aktuell vertreten 82 Prozent diese Position. Der Anteil derjenigen, die glauben, dass Deutschland außerhalb der Europäischen Union bessere Chancen hätte, hat sich im selben Zeitraum von 10 auf 6 Prozent verringert.

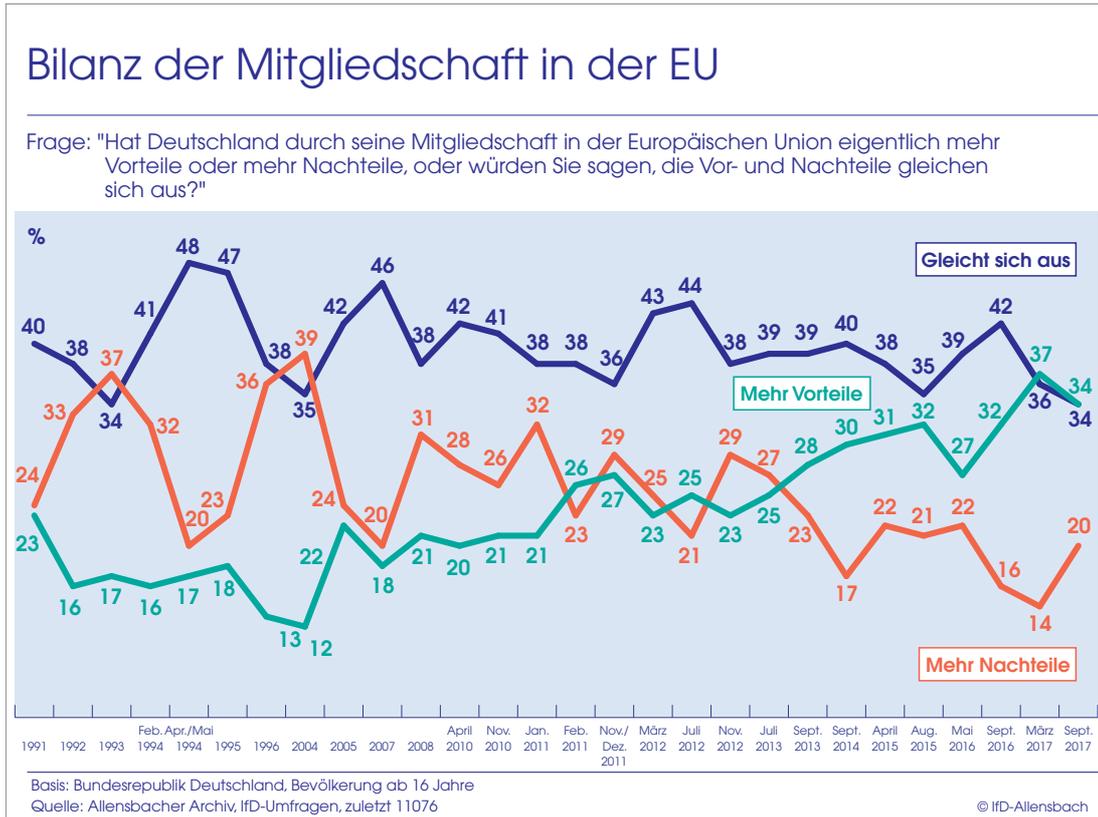
Schaubild 2



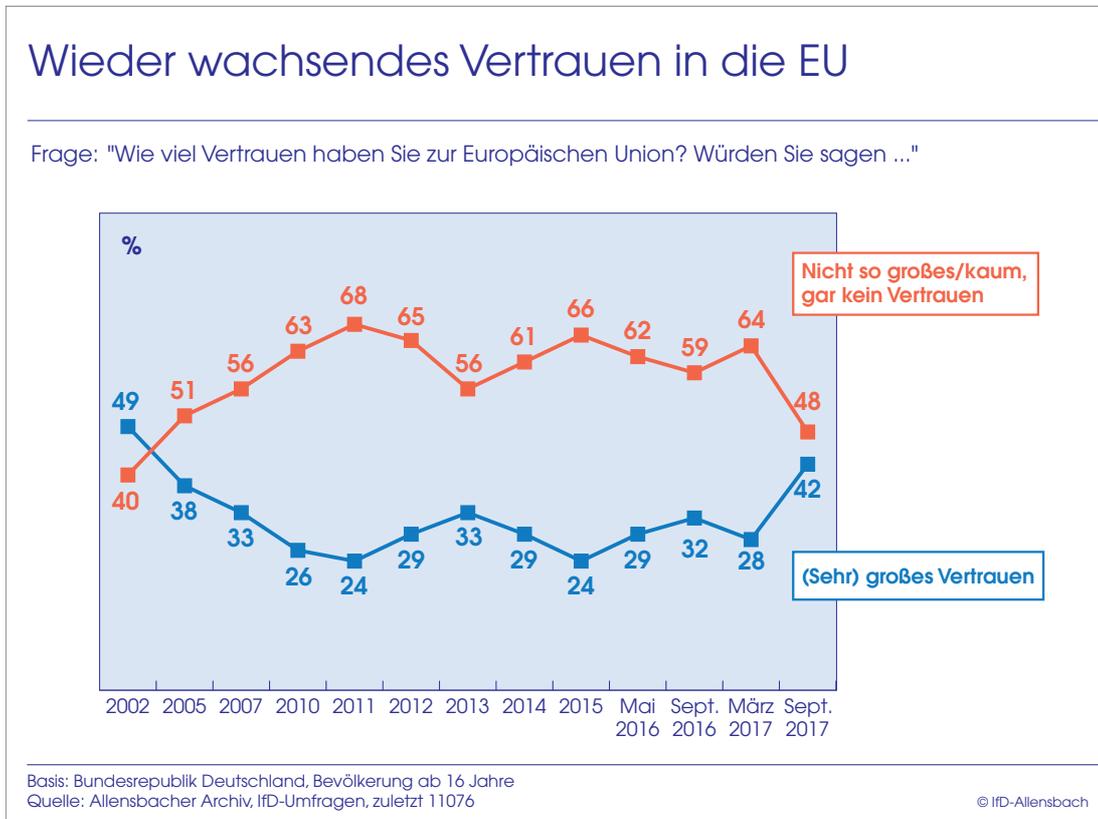
Dieser außerordentlich geringe Anteil ist bemerkenswert, da immerhin ein Fünftel der Bevölkerung zurzeit der Auffassung ist, dass die Mitgliedschaft für Deutschland überwiegend mit Nachteilen verbunden ist. Die große Mehrheit vertritt jedoch die Auffassung, dass die Vorteile überwiegen bzw. Vor- und Nachteile in der Balance sind. Der Langzeittrend zeigt, dass sich allmählich die Vorstellung durchsetzt, dass Deutschland durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union überwiegend

Vorteile hat. Ein Trend mit gelegentlichen Rückschlägen, der aber in der Langzeitperspektive klar erkennbar ist.

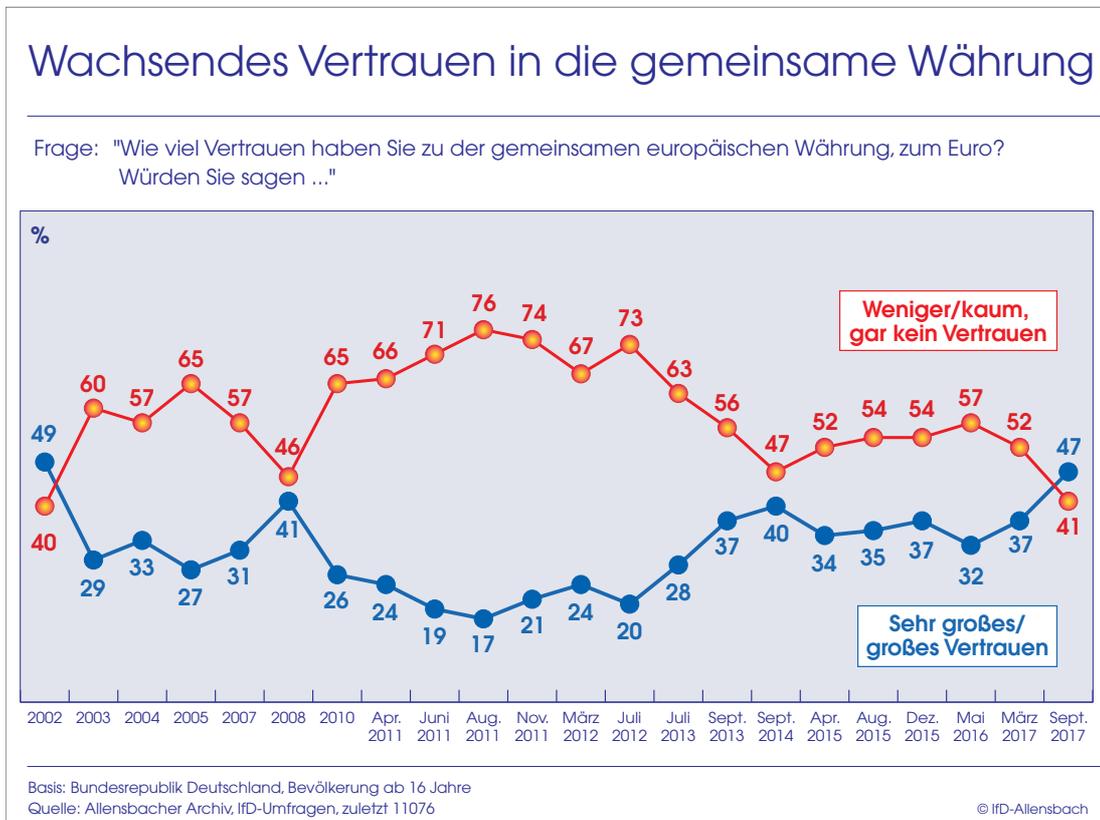
Schaubild 3



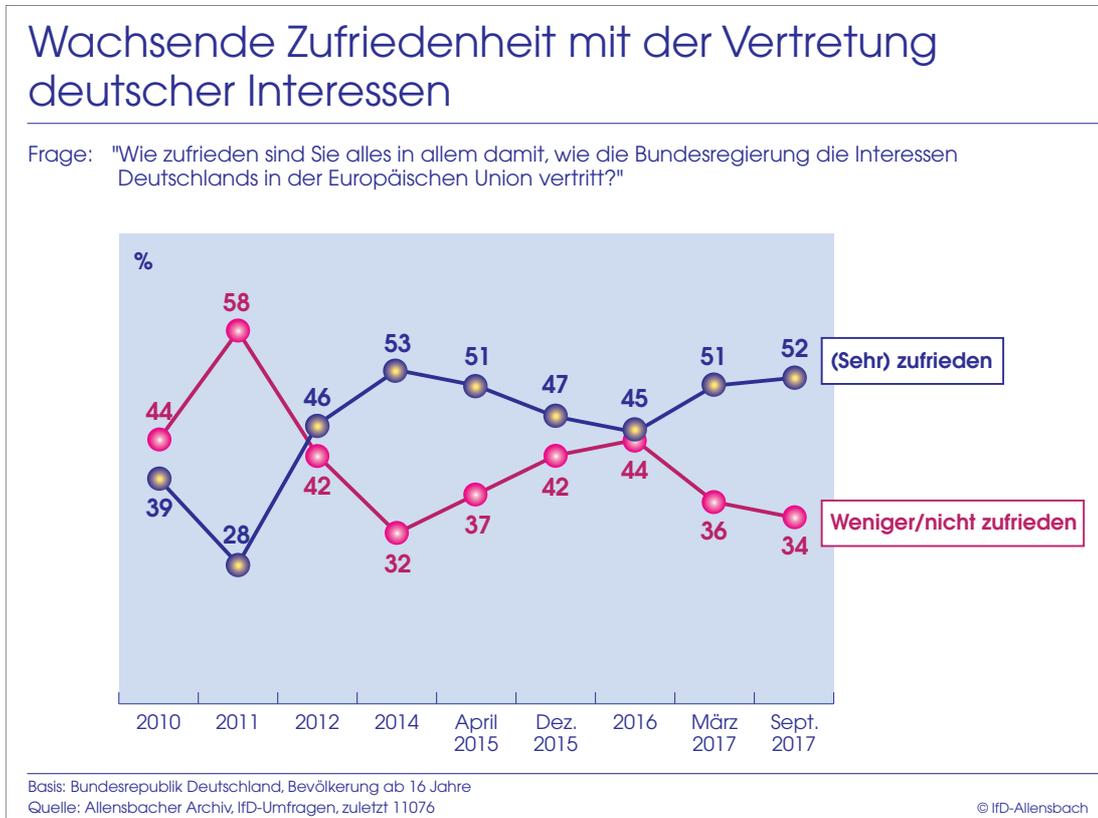
Trotz aller Schwierigkeiten wächst zurzeit das Vertrauen in die EU. Gerade die letzten Monate haben hier eine deutliche Veränderung gebracht: Der Anteil der Bevölkerung, der großes Vertrauen in die EU bekundet, hat sich seit März von 28 auf 42 Prozent erhöht, während der Anteil derjenigen, die der EU überwiegend mit Skepsis begegnen, im selben Zeitraum von 64 auf 48 Prozent abgesunken ist. Positiver war das Stimmungsbild lediglich 2002, nach der erfolgreichen Einführung des Euro.



Auch das Zutrauen in die Gemeinschaftswährung bewegt sich aktuell auf einem Niveau, das zuletzt in der ersten Zeit nach der Einführung erreicht wurde. 47 Prozent der Bevölkerung bekunden großes oder sogar sehr großes Vertrauen in den Euro, während sich 41 Prozent skeptisch äußern. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, da seit 2003 kontinuierlich die Skepsis überwog. Das galt auch noch im Frühjahr dieses Jahres: Im März äußerten sich nur 37 Prozent positiv zu der europäischen Gemeinschaftswährung, 52 Prozent dagegen skeptisch.



In Bezug auf die Zufriedenheit mit der Vertretung deutscher Interessen in der Europäischen Union gibt es seit dem Frühjahr keine gravierenden Veränderungen, im Vergleich zu 2016 aber ebenfalls eine signifikante Verbesserung der Bilanz. 2016 waren nur 45 Prozent der Bevölkerung mit der Interessenvertretung in der Europäischen Union zufrieden, aktuell 52 Prozent. Der Anteil der Unzufriedenen hat sich gegenläufig von 44 auf 34 Prozent verringert.



Dass das Vertrauen in die EU innerhalb der letzten Monate einen so bemerkenswerten Schub erfahren hat, hat vor allem mit zwei Entwicklungen zu tun: dem Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl und dem Stellenwert, den der neue Präsident Europa und der weiteren europäischen Integration zuschreibt, sowie den quälenden Verhandlungen über den Brexit, bei denen die EU seit Monaten weitaus handlungsfähiger wirkt als Großbritannien.

Die neue personelle Konstellation in Frankreich trägt auch dazu bei, dass die deutsch-französischen Beziehungen so positiv gesehen werden wie seit Langem nicht. 87 Prozent der deutschen Bevölkerung halten die Beziehungen für gut oder sogar sehr gut; ähnliche Ergebnisse gab es zuletzt vor anderthalb Jahrzehnten, wobei der Anteil der Bevölkerung, der die Beziehungen als "sehr gut" klassifizierte, jedoch nur halb so groß war wie heute.

Schaubild 7

Gute deutsch-französische Beziehungen			
Frage: "Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich? Würden Sie sagen, das Verhältnis ist ..."			
	2003	2012	2017
	%	%	%
"sehr gut"	10	5	20
"gut"	78	55	67
"nicht gut"	7	27	6
Unentschieden	5	13	7
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7041, 11000, 11076

© IfD-Allensbach

Dies gibt der deutschen Bevölkerung auch Zutrauen, dass Deutschland und Frankreich in einer engen Kooperation Europa voranbringen können.

NACH WIE VOR BEDAUERN ÜBER DEN BREXIT

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bedauert es nach wie vor, dass sich die Briten in dem Plebiszit für einen Austritt aus der Europäischen Union entschieden haben. 58 Prozent sind überzeugt, dass es die EU politisch und wirtschaftlich schwächt, dass ein so wichtiges Mitgliedsland die EU verlässt; im Vergleich zu 2016 hat diese Einschätzung sogar noch zugenommen. Gegenläufig hat sich der Kreis, der es sogar für besser hält, wenn Großbritannien nicht mehr Mitglied ist, da die Briten häufig Sonderregelungen beansprucht haben, von 31 auf 28 Prozent vermindert. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen wird der Austritt Großbritanniens noch mehr bedauert als von der Bevölkerung insgesamt: nur 25 Prozent der politisch Interessierten können dem Austritt positive Seiten abgewinnen, während 65 Prozent ein anderer Ausgang des britischen Plebiszits lieber gewesen wäre.¹

Schaubild 8

Großes Bedauern über den Brexit		
Frage: "Großbritannien hat sich ja dafür entschieden, die EU zu verlassen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"		
	2016	2017
	%	%
"Ich finde es gut, das Großbritannien die EU verlässt. Die Briten haben immer Sonderregelungen beansprucht, und die EU musste ihnen immer entgegenkommen. Es ist daher besser für die EU, wenn Großbritannien nicht mehr Mitglied ist."	31	28
"Mir wäre es lieber gewesen, wenn Großbritannien sich dafür entschieden hätte, Mitglied der EU zu bleiben. Es schwächt die EU politisch und wirtschaftlich sehr, dass ein so wichtiges Mitgliedsland wie Großbritannien die EU verlässt."	53	58
Unentschieden, keine Angabe	16	14
	100	100

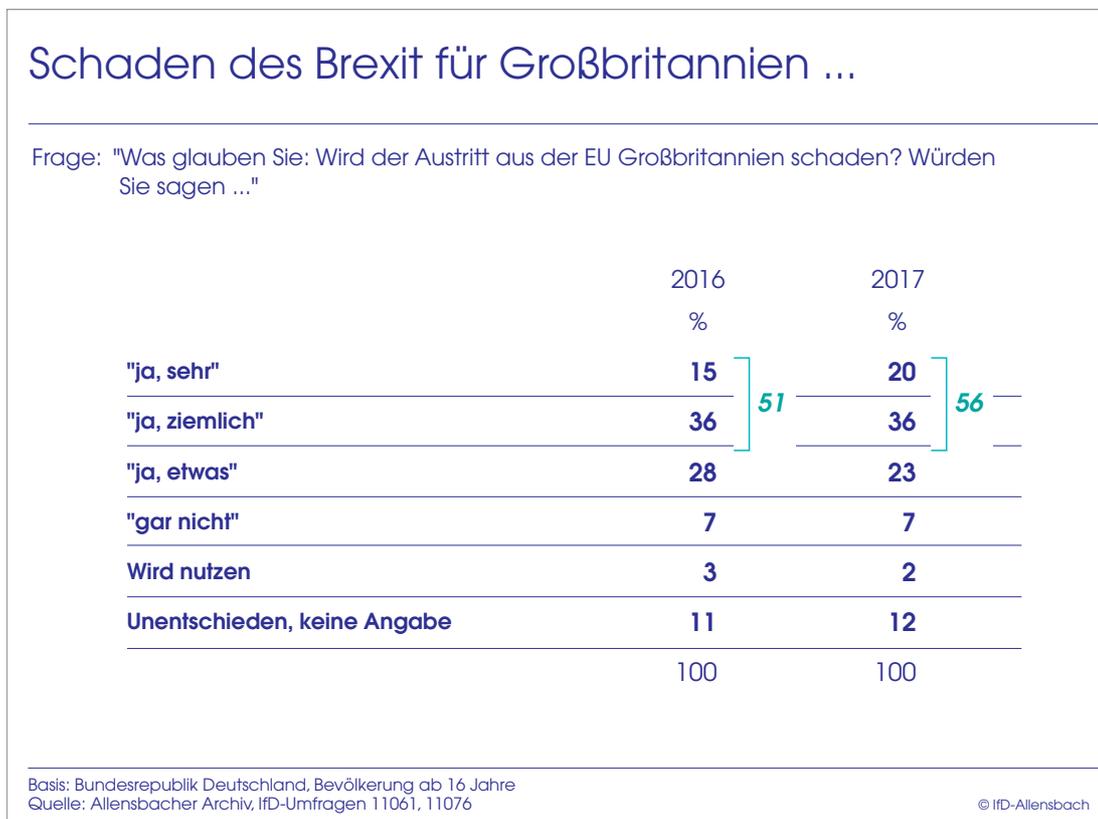
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11061, 11076

© IfD-Allensbach

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 12 a

Nach wie vor gehen die Bürger davon aus, dass Großbritannien durch seine Entscheidung einen weitaus größeren Schaden erleiden wird als die EU. 79 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass Großbritannien durch seinen Austritt aus der EU Nachteile erleiden wird; 56 Prozent gehen davon aus, dass diese Nachteile groß oder sogar sehr groß sein werden. Der Schaden für das Vereinigte Königreich wird heute tendenziell noch größer eingeschätzt als vor einem Jahr. Lediglich 7 Prozent gehen davon aus, dass der Brexit für Großbritannien keinerlei Auswirkungen haben wird, und eine verschwindende Minderheit von 2 Prozent kann sich sogar vorstellen, dass der Nutzen überwiegt.

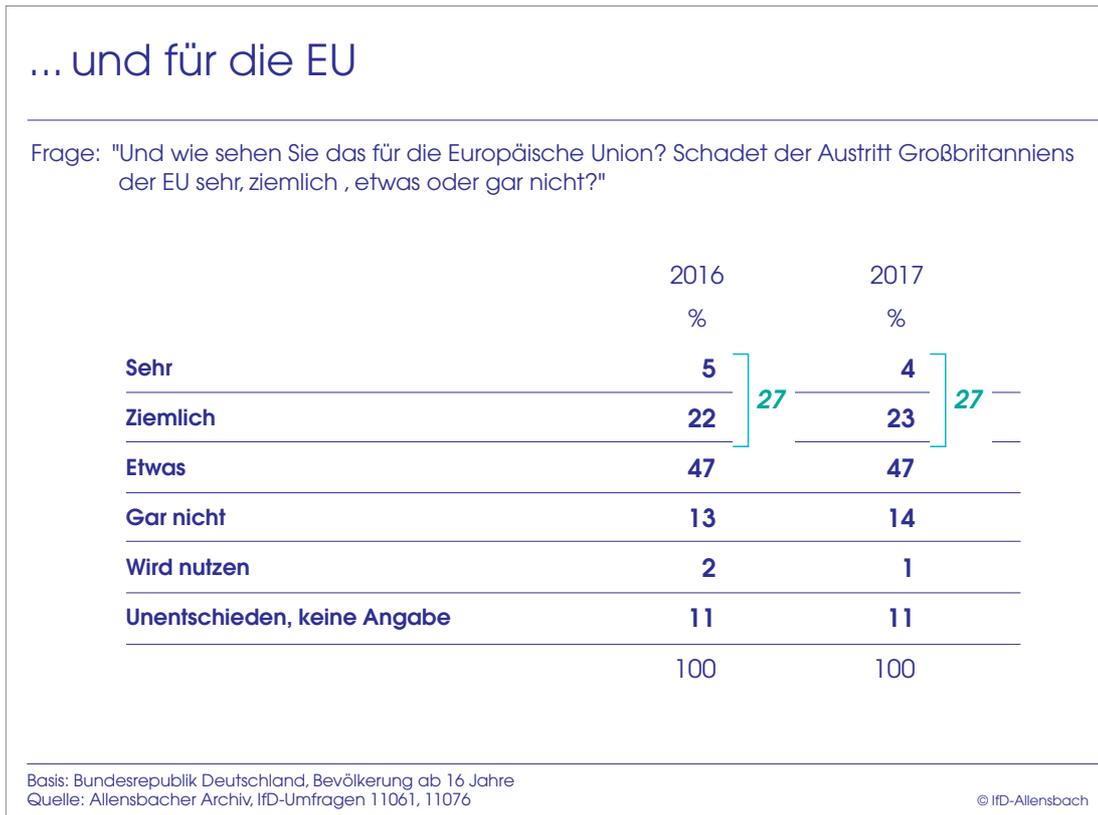
Schaubild 9



Auch in Bezug auf die EU sind drei Viertel der Bevölkerung überzeugt, dass der Austritt Großbritanniens Nachteile mit sich bringt; allerdings werden sie weit geringer veranschlagt als die Folgen, die die Bevölkerung für Großbritannien erwartet.

Während die Mehrheit davon ausgeht, dass der Brexit Großbritannien erheblich schaden wird, gehen nur 27 Prozent von gravierenden Nachteilen für die EU aus. Diese Einschätzung ist im Zeitverlauf völlig stabil.

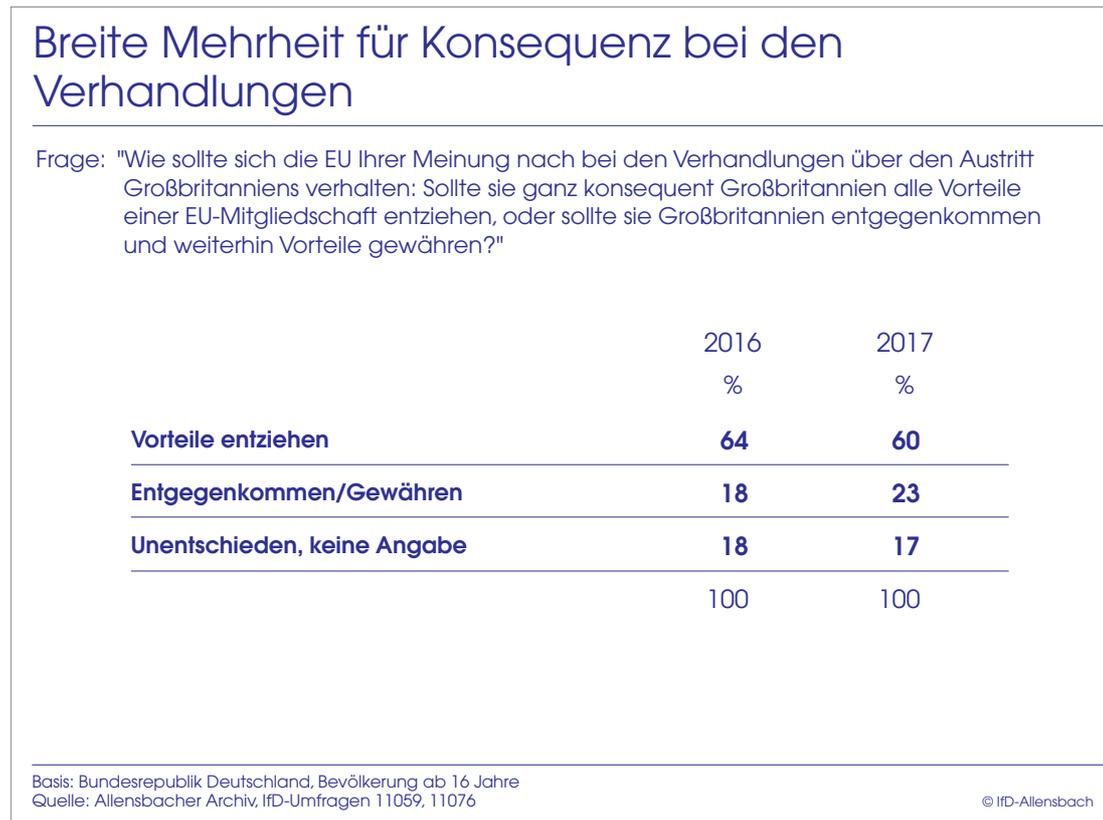
Schaubild 10



Nach wie vor plädiert die große Mehrheit der Bevölkerung dafür, Großbritannien konsequent alle Vorteile einer EU-Mitgliedschaft zu entziehen. Allerdings ist seit dem letzten Jahr die Unterstützung für einen "weichen Kurs" gewachsen. 2016 votierten lediglich 18 Prozent der Bevölkerung dafür, Großbritannien entgegenzukommen und dem Land auch weiterhin Vorteile zu gewähren, die an sich nur EU-Mitgliedern zustehen; aktuell vertreten 23 Prozent diese Position. Überdurchschnittlich sprechen sich die politisch interessierten Bevölkerungskreise dafür aus, Großbritannien

entgegenzukommen. Auch bei ihnen überwiegt jedoch mit großem Abstand die Forderung, konsequent alle Vorteile der Mitgliedschaft zu entziehen.²

Schaubild 11

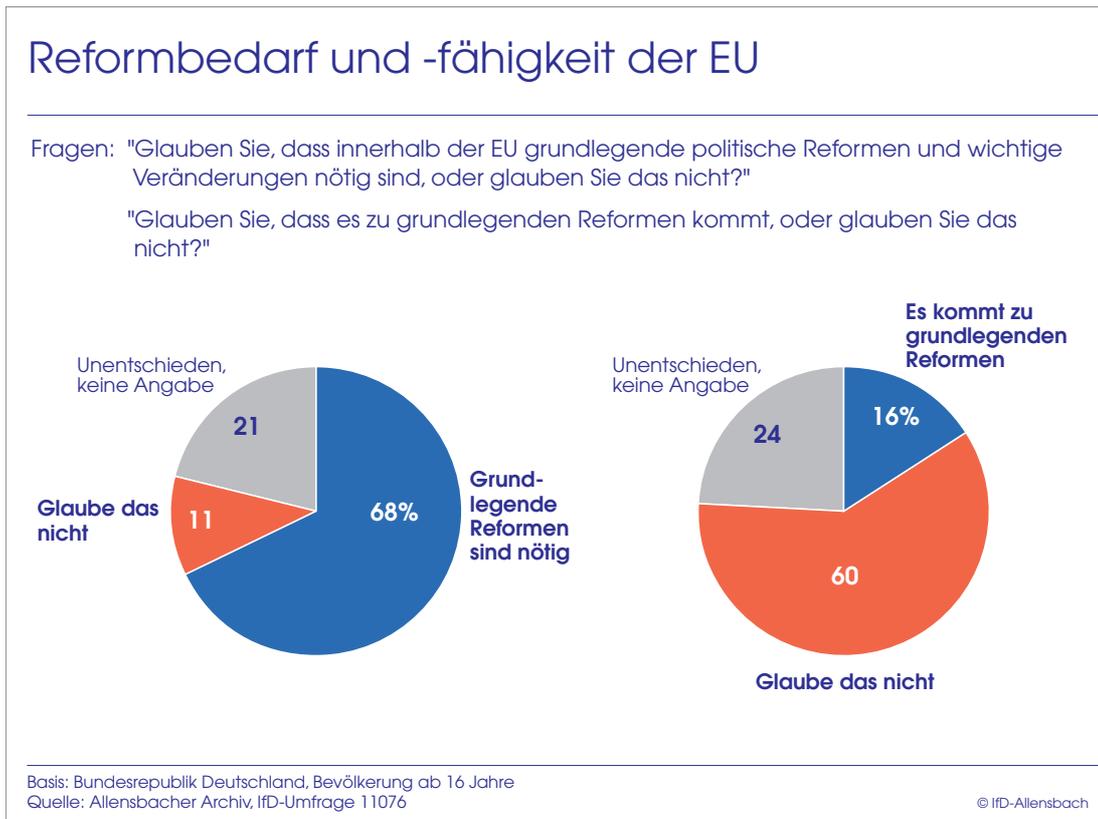


² Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 15

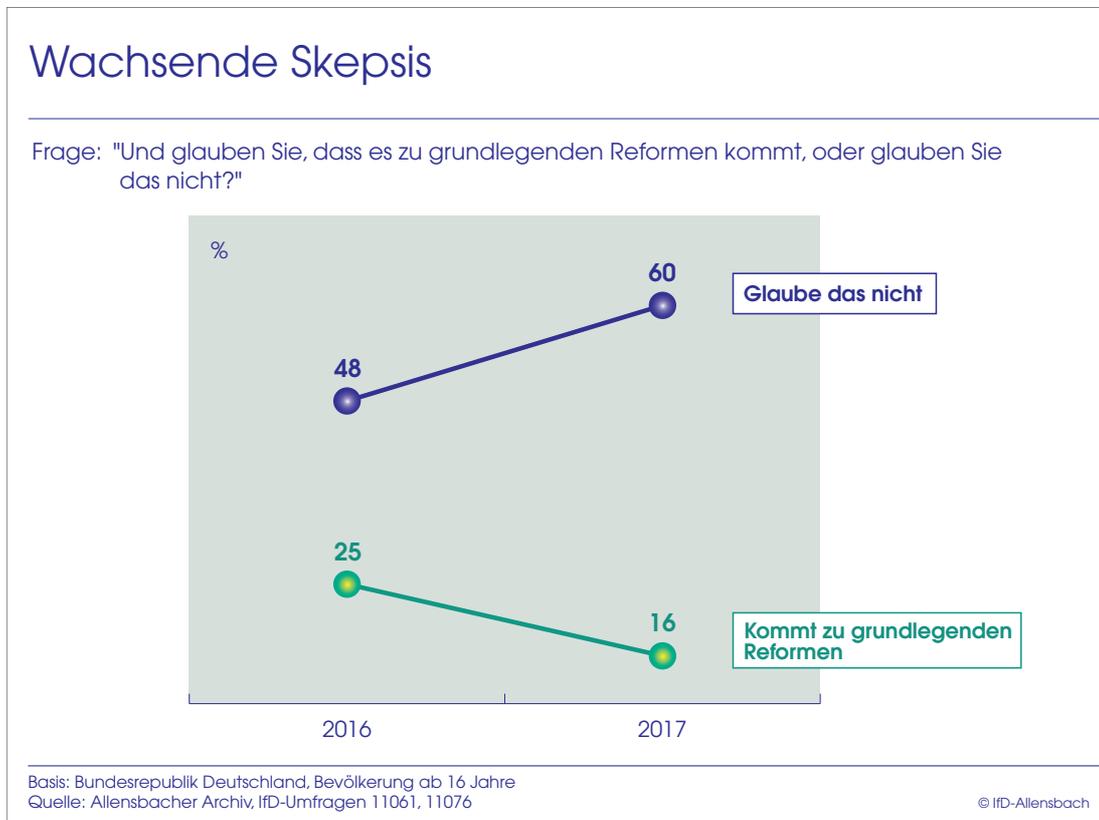
WACHSENDE ZWEIFEL AN DER REFORMFÄHIGKEIT DER EU

In den letzten Jahren ist immer wieder der Reformbedarf der EU thematisiert worden, verstärkt unmittelbar vor und nach dem Brexit. In den letzten Monaten haben sowohl Kommissionspräsident Juncker wie auch der neue französische Präsident angemahnt, die Integrationsbemühungen in der EU zu verstärken. Es gibt innerhalb der EU jedoch nur sehr begrenzt einen Konsens, wie sich die EU künftig weiterentwickeln sollte, welche Integrationsschritte notwendig sind und wie Reformen des komplexen EU-Gebildes aussehen könnten. Diese Diskrepanz zwischen dem Reformbedarf der EU und der Frage, ob man sich auf Inhalt und Tempo der Reformen einigen kann, prägt auch das Urteil der Bevölkerung. Die große Mehrheit ist durchaus überzeugt, dass die EU grundlegende Reformen braucht. 68 Prozent sind davon überzeugt, lediglich 11 Prozent widersprechen. Gleichzeitig erwarten aber nur 16 Prozent, dass es tatsächlich zu grundlegenden Reformen kommen wird, während 60 Prozent an der Reformfähigkeit der EU zweifeln. International vergleichende Untersuchungen belegen, dass die deutsche Bevölkerung mit dieser Einschätzung nicht alleine steht. Auch in Frankreich und in Italien ist die große Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass tiefgreifende Reformen in der EU notwendig sind; gleichzeitig bezweifeln auch Italiener und Franzosen mit breiter Mehrheit, dass diese Reformen wirklich angepackt werden.³

³ Vergleiche dazu Allianz-Monitor Deutschland-Italien (2017), S. 53



Die Trendanalyse zeigt, dass die Skepsis in Deutschland gewachsen ist. Auch vor einem Jahr überwogen Zweifel an der Reformfähigkeit der EU; damals waren jedoch nur 48 Prozent skeptisch, dass es zu den notwendigen grundlegenden Reformen kommt, aktuell 60 Prozent. Der Kreis derjenigen, die grundlegende Reformen der EU erwarten, ist von 25 auf 16 Prozent zurückgegangen.



Die französischen Vorschläge für eine Reform der EU beinhalten unter anderem eine stärkere Integration im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Dies sind jedoch Bereiche, in der die deutsche Bevölkerung einer engeren Kooperation oder gar Integration überwiegend skeptisch gegenübersteht. Lediglich 37 Prozent halten es für sinnvoll, dass die Mitgliedsländer der EU in der Wirtschaftspolitik enger kooperieren, 34 Prozent befürworten dies im Bereich der Steuerpolitik. Genauso wenig kann sich die deutsche Bevölkerung für eine engere Kooperation im Bereich Gesundheitspolitik und Sozialpolitik erwärmen.

Dagegen gibt es andere Bereiche, wo sich die überwältigende Mehrheit für eine engere Kooperation ausspricht. Dies sind insbesondere die Flüchtlingspolitik, der Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorabwehr, Umweltschutz, Außen- und

Verteidigungspolitik. 90 Prozent plädieren für eine engere Kooperation auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik, 85 Prozent beim Kampf gegen organisierte Kriminalität, 71 Prozent bei den Richtlinien und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, zwei Drittel in der Außenpolitik. Auch der Einsatz für Menschenrechte, der Umgang mit Korruption, Energiepolitik und Datenschutz sind Politikfelder, bei denen sich die Mehrheit der Bevölkerung für eine engere Kooperation ausspricht.

Die Bürger wünschen in vielen Bereichen eine engere Kooperation

Frage: "In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?"

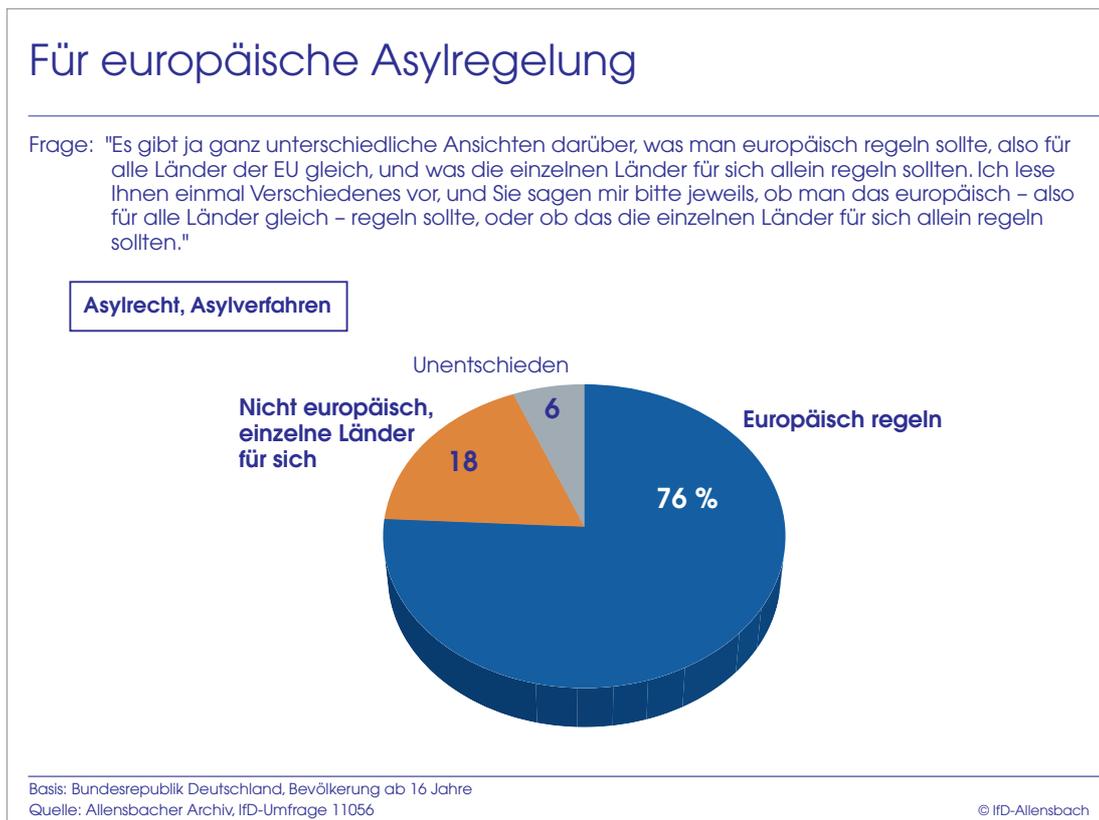


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11076

© IfD-Allensbach

An der Spitze der europäischen Kooperationsagenda der Bürger steht die Flüchtlingspolitik. Hier ist die überwältigende Mehrheit nicht nur für eine engere Kooperation; drei Viertel plädieren auch dafür, dass das Asylrecht und Asylverfahren künftig in Europa einheitlich geregelt und praktiziert werden.

Schaubild 15



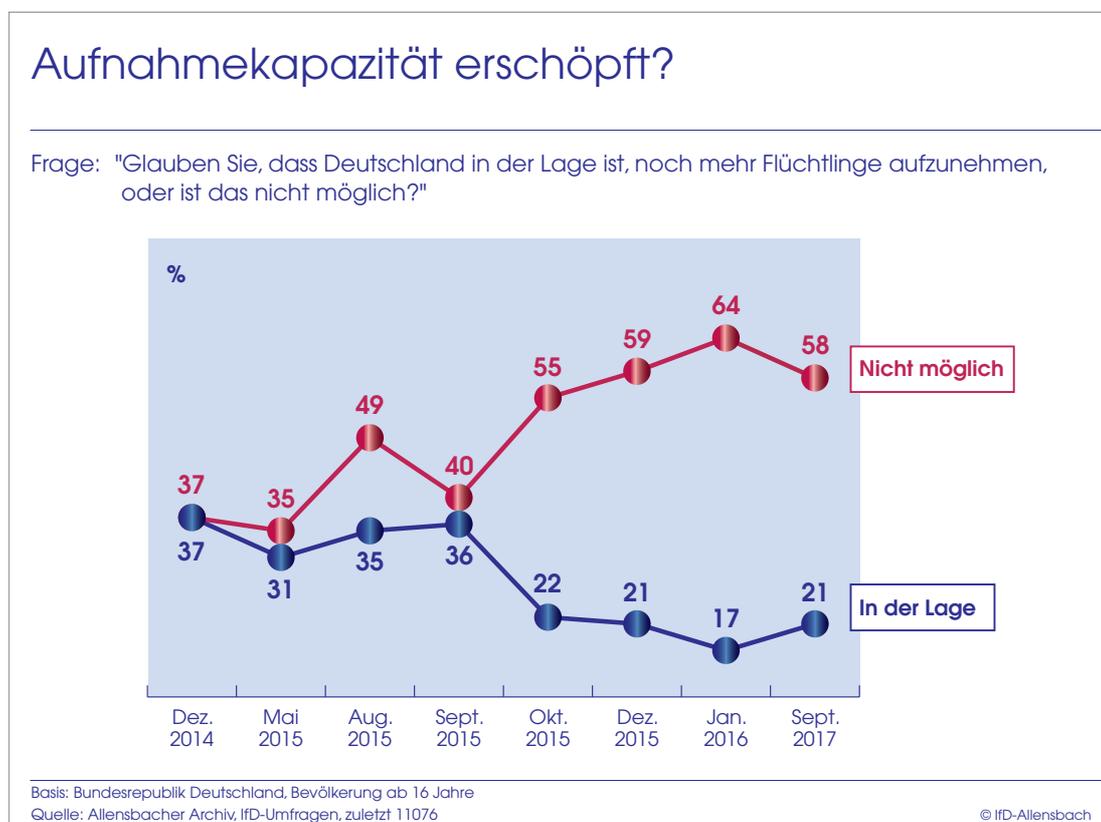
Die deutsche Bevölkerung hat hier unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise eine Kehrwende vollzogen. Ursprünglich war die Mehrheit für nationale Regelungen bei Zuwanderung und Asyl; die Probleme, die Flüchtlingskrise zu bewältigen und der Dissens zwischen den europäischen Mitgliedsländern hat hier in Deutschland zu einem gravierenden Bewusstseinswandel geführt.

LEITLINIEN FÜR DIE EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die Flüchtlingskrise und ihre Folgen sind noch lange nicht verarbeitet – faktisch nicht, aber auch nicht, was die Bewusstseinslage der Bevölkerung angeht. Der Verlauf der letzten Bundestagswahl hat gezeigt, dass die Bevölkerung die Ereignisse vom Spätsommer und Herbst 2015 keineswegs zu den Akten gelegt hat, wie es noch im Frühjahr dieses Jahres schien. In den letzten Wochen vor der Wahl nahm der Anteil derjenigen, die sich über das Flüchtlingsthema sehr besorgt zeigten, wieder sprunghaft zu, von unter 30 auf über 40 Prozent. Dies war bemerkenswert, da sich an der faktischen Situation in dieser Zeit nichts Wesentliches verändert hatte.

Wenn jetzt über Kontingente für Flüchtlinge diskutiert wird, ist dies nur begrenzt dazu angetan, die Bürger zu beruhigen. Die Mehrheit ist seit Herbst 2015 überzeugt, dass die Aufnahmekapazität von Deutschland erschöpft ist. Aktuell vertreten 58 Prozent die Auffassung, dass Deutschland nicht in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen; lediglich 21 Prozent vertreten die Gegenposition.

Schaubild 16



Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt ist, dass die Aufnahmekapazität des Landes erschöpft ist, hat die Mehrheit gleichzeitig keinerlei Verständnis für andere Mitgliedsländer der Union, die sich strikt weigern, eine nennenswerte Anzahl oder überhaupt Flüchtlinge in ihr Land zu lassen. Das Verständnis der deutschen Bevölkerung für diese Position ist sogar immer mehr erodiert. 2015 bekundeten noch 39 Prozent Verständnis, aktuell noch 30 Prozent. Lediglich die Anhänger der AfD vertreten mit breiter Mehrheit eine andere Position: 71 Prozent bekunden Verständnis, lediglich 18 Prozent sehen die Abwehrhaltung insbesondere der osteuropäischen Länder kritisch.⁴

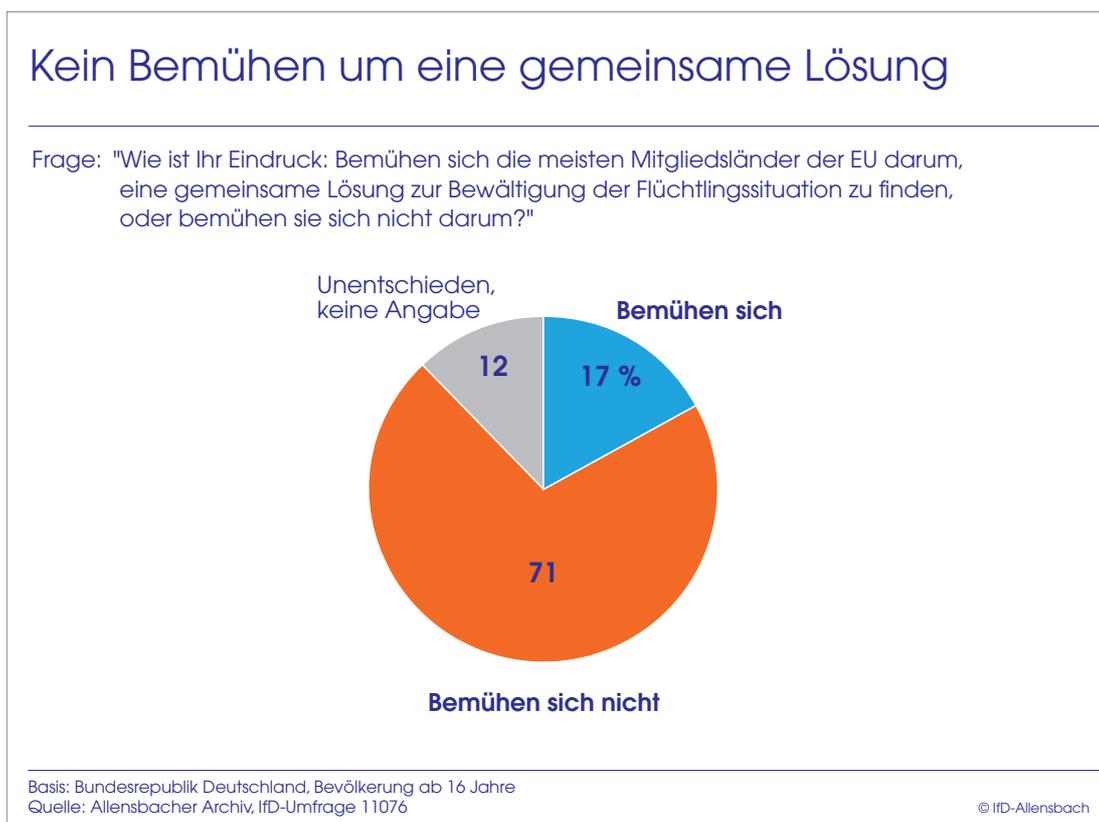
Schaubild 17



⁴ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 20

Angesichts der Verweigerungshaltung eines Teils der Länder und des offenkundigen Dissenses zwischen den Mitgliedsländern, wie mit dem Flüchtlingsthema umzugehen ist, bezweifelt die große Mehrheit der Bevölkerung auch, ob es überhaupt ein ernsthaftes Bemühen der meisten Mitgliedsländer um eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung dieser Situation gibt. Lediglich 17 Prozent haben den Eindruck, dass sich die meisten Mitgliedsländer um eine gemeinschaftliche Lösung bemühen, während 71 Prozent nicht nur keinen Konsens, sondern nicht einmal das Bemühen um eine gemeinsame Lösung erkennen können.

Schaubild 18

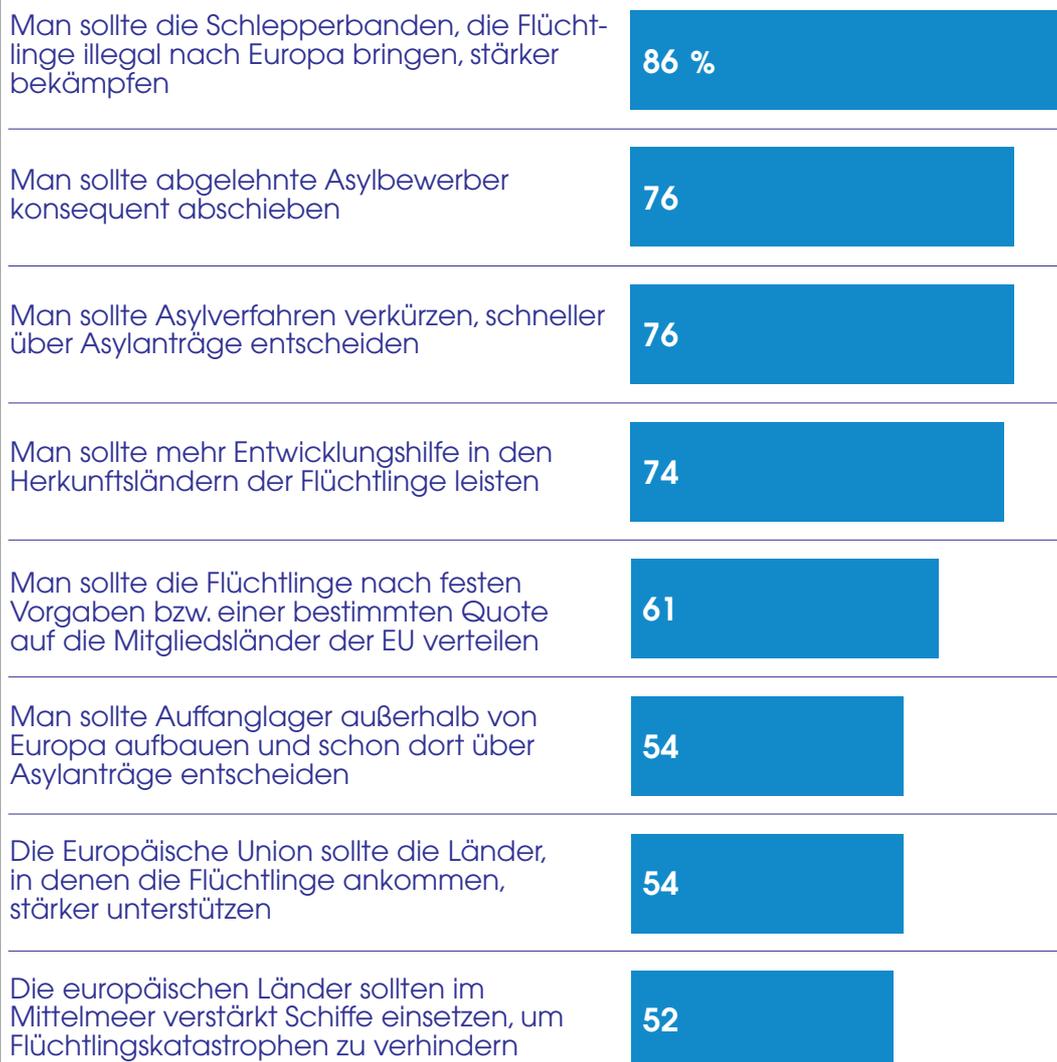


Die Bevölkerung hat sehr klare Vorstellungen, an welchen Zielen und Leitlinien sich die europäische Flüchtlingspolitik orientieren sollte. Sie hält es vor allen Dingen für wichtig, Schlepperbanden stärker zu bekämpfen, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken, Asylverfahren zu verkürzen und mehr Entwicklungshilfe in

den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu leisten, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Drei Viertel der Bevölkerung und mehr befürworten diese Maßnahmen. Gleichzeitig spricht sich die Mehrheit auch für die Verteilung der Flüchtlinge nach festen Vorgaben auf die Mitgliedsländer der EU aus, für Auffanglager außerhalb von Europa, um bereits vor Ort über Asylanträge entscheiden zu können, für eine stärkere Unterstützung der Länder, in denen die Flüchtlinge ankommen wie insbesondere Italien und Griechenland, und für den verstärkten Einsatz von Schiffen im Mittelmeer, um menschliche Katastrophen zu verhindern.

Leitlinien für die europäische Flüchtlingspolitik

Frage: "Nach wie vor kommen ja Flüchtlinge nach Europa. Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11076

© IfD-Allensbach

Deutlich weniger Unterstützung finden Vorschläge, Flüchtlinge, die ein Anrecht auf Asyl haben, eine sichere Reise nach Europa zu ermöglichen, aber auch Gegenvorschläge wie beispielsweise Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abzufangen und sofort zurückzuschicken oder Flüchtlinge in die Länder zurückzusenden, über die sie in die Europäische Union eingereist sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Bevölkerung Flüchtlingen überlassen möchte, in welchem Land sie Asyl beantragen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung befürworten die freie Wahl des Landes, noch weniger, 11 Prozent, es Flüchtlingen zu erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden.

Maßnahmen und Ziele, die nur von einer Minderheit unterstützt werden

Frage: "Nach wie vor kommen ja Flüchtlinge nach Europa. Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen?"

Man sollte mehr Möglichkeiten schaffen, wie Flüchtlinge, die ein Anrecht auf Asyl haben, sicher nach Europa kommen können

37 %

Man sollte die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abfangen und zurückschicken

26

Man sollte die Flüchtlinge in die Länder zurückschicken, in denen sie in die Europäische Union eingereist sind

16

Man sollte die Flüchtlinge in das Land reisen lassen, in dem sie Asyl beantragen wollen

13

Man sollte es Flüchtlingen erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden

11

Man sollte alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen und ihnen dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren

4

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11076

© IfD-Allensbach

Die Trendanalyse zeigt, dass die Bevölkerung zunehmend darauf setzt, Asylverfahren zu verkürzen und abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken, und auf der anderen Seite Flüchtlinge möglichst von Europa fernzuhalten. 2015 hielten es 60 Prozent für wichtig, Asylverfahren zu verkürzen, jetzt 76 Prozent; die Forderung, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschicken, wurde 2015 nur von der Hälfte der Bevölkerung erhoben, aktuell von 76 Prozent. Die Unterstützung für den Bau von Auffanglagern außerhalb Europas hat von 43 auf 54 Prozent zugenommen, die Forderung, Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa generell abzufangen und zurückzusenden, von 18 auf 26 Prozent.

Umgekehrt schwindet die Unterstützung für den verstärkten Einsatz von Schiffen, um humanitäre Katastrophen zu verhindern, wie auch für die Forderung, es Flüchtlingen zu erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden. Dies war bereits 2015 eine Minderheitenposition: Damals hielten es 21 Prozent für sinnvoll, es Flüchtlingen zu erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden, aktuell 11 Prozent. Der Einsatz von Schiffen im Mittelmeer, um humanitäre Katastrophen zu verhindern, wird zwar noch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt; die Unterstützung bröckelt jedoch erkennbar: 2015 hielten noch 66 Prozent diese Maßnahme für sinnvoll, aktuell noch 52 Prozent.

Signifikant veränderte Vorstellungen vom Umgang mit dem Flüchtlingsthema

Frage: "Nach wie vor kommen ja Flüchtlinge nach Europa. (2015: Zurzeit drängen ja sehr viele Flüchtlinge nach Europa.) Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen, was von dieser Liste halten Sie für sinnvoll?"

- Auszug -	2015 %	2017 %
Man sollte die Schlepperbanden, die Flüchtlinge illegal nach Europa bringen, stärker bekämpfen	81	86
Man sollte abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben	49	76
Man sollte Asylverfahren verkürzen, schneller über Asylanträge entscheiden	60	76
Man sollte die Flüchtlinge nach festen Vorgaben bzw. einer bestimmten Quote auf die Mitgliedsländer der EU verteilen	61	61
Man sollte Auffanglager außerhalb von Europa aufbauen und schon dort über Asylanträge entscheiden	43	54
Die europäischen Länder sollten im Mittelmeer verstärkt Schiffe einsetzen, um Flüchtlingskatastrophen zu verhindern	66	52
Man sollte die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abfangen und zurückschicken	18	26
Man sollte es Flüchtlingen erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden	21	11

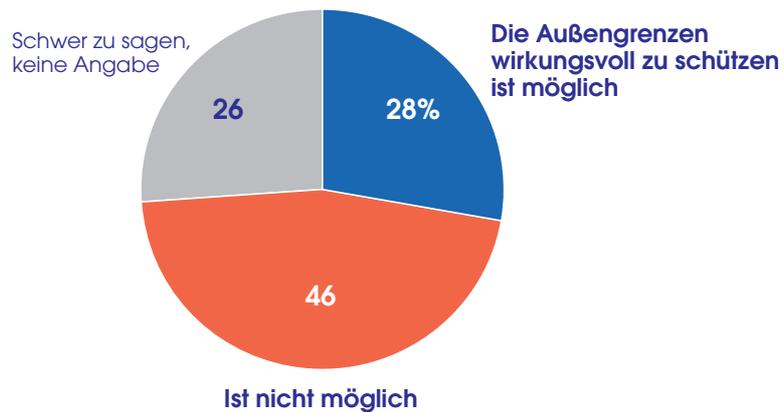
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11039, 11076

© IfD-Allensbach

Die wachsende Unterstützung für Auffanglager außerhalb der EU hat auch mit weit verbreiteten Zweifeln zu tun, ob es überhaupt möglich ist, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen. Lediglich 28 Prozent der Bürger sind hier zuversichtlich, dass dies möglich ist, 46 Prozent äußern sich skeptisch.

Zweifel an den Möglichkeiten, die Außengrenzen der EU zu kontrollieren

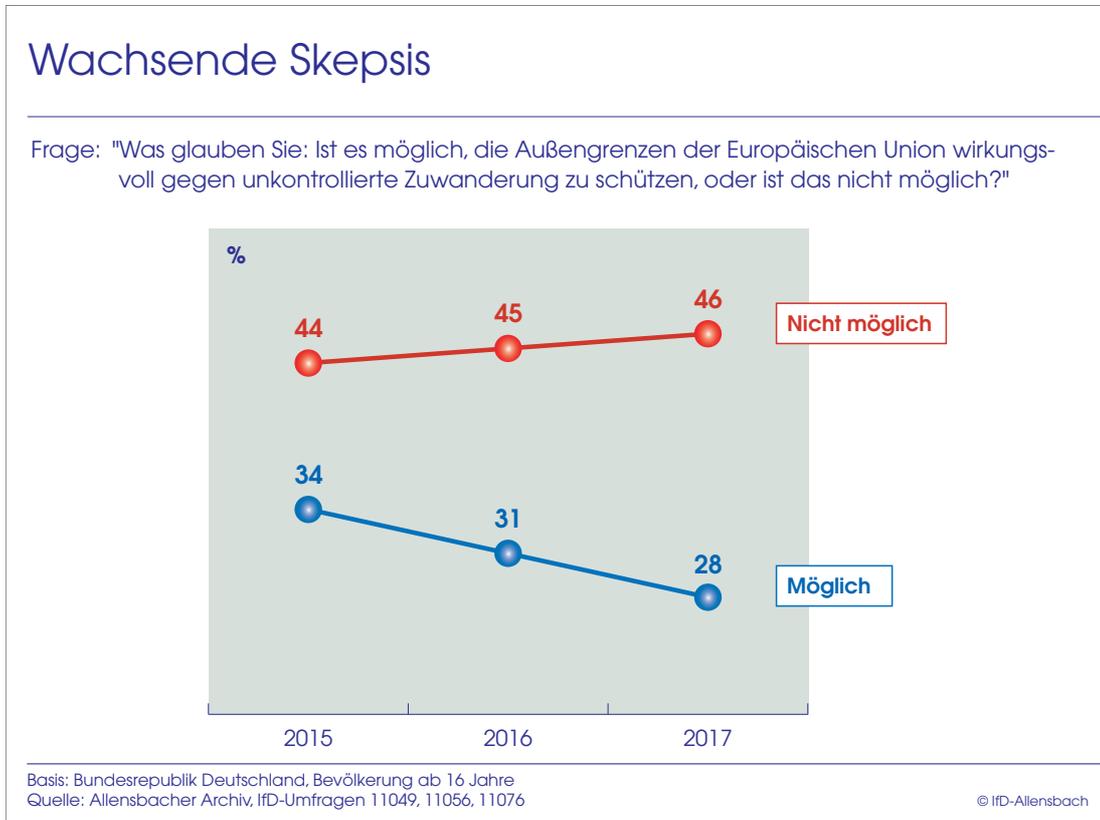
Frage: "Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11076

© IfD-Allensbach

Schon 2015 überwog die Skepsis, aber nicht so gravierend wie zurzeit. 2015 hielten es immerhin noch 34 Prozent der Bevölkerung für möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union zu kontrollieren und zu schützen, 2016 noch 31 Prozent, aktuell nur noch 28 Prozent. Entsprechend setzt die Bevölkerung immer mehr Hoffnungen in Maßnahmen, die Kontrolle und Steuerung außerhalb Europas ermöglichen wie auch auf Maßnahmen, die Fluchtursachen eindämmen.



Allensbach am Bodensee,
 am 2. November 2017

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Zukunft der Europäischen Union

HIER AUF DIESER LISTE STEHEN VERSCHIEDENE BEREICHE. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: IN WELCHEN DIESER BEREICHE SOLLTEN DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU STÄRKER ZUSAMMENARBEITEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 15)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
IN DER FLÜCHTLINGS- POLITIK	89.8	90.3	87.7	90.2	89.4	91.3	88.4	91.3	88.5	91.9	86.8	94.2	86.2
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMI- NALITÄT	84.9	84.5	86.6	85.9	84.0	79.5	86.0	85.0	87.1	86.0	83.4	89.4	81.2
BEI DER TERRORABWEHR	83.2	83.3	82.9	83.7	82.8	83.0	82.0	82.2	85.0	84.3	81.7	85.9	81.1
BEIM UMWELTSCHUTZ ..	70.7	71.6	66.6	68.0	73.2	72.3	68.1	73.2	69.3	74.4	65.5	77.6	65.0
IN DER AUSSENPOLITIK	63.9	64.9	59.5	65.1	62.7	61.7	60.5	65.4	65.8	71.8	52.9	74.9	54.7
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	57.3	59.5	47.7	59.1	55.6	49.3	55.3	59.1	61.2	62.3	50.4	67.5	48.9
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	55.8	55.8	55.5	51.2	60.1	63.6	54.5	55.2	52.9	60.3	49.5	64.1	49.0
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	55.1	54.4	58.3	56.2	54.0	47.2	52.5	60.1	56.6	60.0	48.3	62.1	49.3
IN DER ENERGIE- POLITIK	54.9	55.7	51.3	58.3	51.6	52.5	51.4	58.6	55.1	61.6	45.5	64.4	47.0
BEIM DATENSCHUTZ ...	54.8	54.6	55.8	55.5	54.2	54.9	52.7	60.0	51.7	60.5	46.9	63.1	48.1
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	44.6	45.9	39.1	46.2	43.2	46.4	37.0	46.6	46.7	50.5	36.5	54.3	36.7
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	36.9	37.1	35.7	41.4	32.6	34.9	37.3	34.9	39.3	42.2	29.4	46.0	29.3
IN DER BILDUNGS- POLITIK	35.8	35.5	37.2	34.0	37.5	38.0	36.2	35.1	35.0	38.2	32.4	41.3	31.3
IN DER GESUNDHEITS- POLITIK	34.3	34.1	35.0	31.7	36.7	29.2	34.1	36.8	35.0	36.2	31.6	39.7	29.9

HIER AUF DIESER LISTE STEHEN VERSCHIEDENE BEREICHE. WAS WÜRDEN SIE SAGEN: IN WELCHEN DIESER BEREICHE SOLLTEN DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU STÄRKER ZUSAMMENARBEITEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 15)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU		GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	GLAUBE NICHT
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746	123	184	634
IN DER FLÜCHTLINGS- POLITIK	91.8	92.1	92.9	92.2	82.3	81.5	94.5	82.4	91.6	90.9	90.5	91.1
BEIM KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMI- NALITÄT	88.3	83.4	88.4	79.5	79.3	82.9	87.4	83.0	89.3	78.8	83.3	88.4
BEI DER TERRORABWEHR	86.0	84.0	87.2	79.5	73.4	79.1	86.1	78.8	86.9	80.6	84.2	86.4
BEIM UMWELTSCHUTZ ..	72.3	74.8	65.4	80.7	74.6	47.3	77.9	54.9	72.5	66.3	77.0	68.5
IN DER AUSSENPOLITIK	67.0	61.2	66.3	60.2	67.3	56.1	72.4	48.7	68.3	58.1	77.3	62.3
IN DER VERTEIDI- GUNGSPOLITIK	59.3	59.9	60.2	47.2	56.1	51.4	62.9	46.5	60.4	47.5	63.6	56.8
BEIM EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE	53.4	60.9	56.9	65.6	65.5	33.3	65.1	39.3	57.7	52.0	68.1	52.4
BEIM UMGANG MIT KORRUPTION	49.9	59.6	59.3	57.5	61.5	54.2	56.4	54.4	63.8	40.6	63.5	55.6
IN DER ENERGIE- POLITIK	54.4	58.2	48.4	60.5	63.6	41.1	64.5	37.4	58.8	52.2	61.0	54.0
BEIM DATENSCHUTZ ...	57.2	55.3	55.8	55.2	51.9	45.5	60.5	45.0	57.0	52.8	69.6	51.6
BEIM SCHUTZ DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT	43.0	43.2	46.0	47.8	54.2	39.9	50.9	37.9	49.2	34.8	52.8	42.6
IN DER WIRTSCHAFTS- POLITIK	38.3	35.7	33.5	32.9	45.8	28.9	43.5	27.4	42.4	25.9	47.3	35.8
IN DER BILDUNGS- POLITIK	30.6	35.8	36.5	41.7	49.1	34.6	40.1	29.1	40.4	27.2	44.8	35.8
IN DER GESUNDHEITS- POLITIK	32.2	34.5	22.7	29.0	51.3	35.6	35.9	33.3	38.2	25.8	40.2	31.8

INTERESSIEREN SIE SICH FÜR DIE EUROPAPOLITIK, ICH MEINE FÜR DIE ENTSCHEIDUNGEN, DIE IN BRÜSSEL ODER IM
 EUROPÄISCHEN PARLAMENT IN STRASSBURG GETROFFEN WERDEN, ODER INTERESSIERT SIE DAS WENIGER, ODER INTER-
 ESSIEREN SIE SICH GAR NICHT DAFÜR?
 (FRAGE 54)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
INTERESSIERT MICH ..	45.2	46.1	40.9	51.4	39.3	31.2	34.8	51.8	53.3	69.4	11.5	100.0	-
INTERESSIERT MICH WENIGER	47.3	46.5	51.0	42.6	51.8	54.4	57.3	41.7	42.2	29.2	72.6	-	86.4
GAR NICHT	7.4	7.3	8.0	5.9	8.8	14.4	7.7	6.5	4.3	1.3	15.9	-	13.6
KEINE ANGABE	0.1	0.1	-	0.1	0.1	-	0.2	-	0.1	0.1	0.0	-	-
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
		ANHÄNGER DER -					EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG		JA	GLAUBE NICHT
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746		123	184	634
INTERESSIERT MICH ..	51.5	46.3	48.8	36.1	44.4	25.8	52.6	36.2	49.0		44.3	67.4	40.9
INTERESSIERT MICH WENIGER	42.9	48.3	47.4	55.1	49.4	60.6	43.6	52.0	46.1		44.8	31.8	51.6
GAR NICHT	5.5	5.5	3.8	8.4	5.8	13.6	3.7	11.6	4.8		10.4	0.7	7.3
KEINE ANGABE	0.0	-	-	0.4	0.4	-	0.1	0.2	0.1		0.4	-	0.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0

Deutschland und Europa

ZU FRANKREICH: WIE SEHEN SIE DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH?
 WÜRDEN SIE SAGEN, DAS VERHÄLTNISS IST ...
 (FRAGE 22)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
SEHR GUT	19.8	21.5	12.1	18.3	21.1	20.2	18.9	20.3	19.6	21.6	17.3	24.1	16.2
GUT	67.2	66.1	72.1	69.2	65.4	63.1	66.0	67.2	70.2	69.8	63.7	68.1	66.6
NICHT SO GUT	5.8	5.6	6.6	4.8	6.8	6.9	8.2	4.8	4.7	4.0	8.3	4.4	7.0
GAR NICHT GUT	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	-	-	0.3	0.7	0.5	-	0.5	0.1
UNENTSCHEIDEN	6.9	6.4	8.9	7.4	6.4	9.7	6.8	7.5	4.8	4.1	10.7	2.9	10.1
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/CSU	SPD	FDP	B.90/GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG		JA	GLAUBE NICHT
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746		123	184	634
SEHR GUT	24.8	19.6	7.7	32.4	14.6	5.0	25.3	8.9	18.6		21.7	27.9	18.4
GUT	66.4	71.6	81.6	51.7	67.2	62.4	69.3	62.4	68.1		69.2	66.0	68.3
NICHT SO GUT	4.2	2.6	7.9	6.9	10.5	15.0	3.4	11.0	6.0		7.1	2.1	6.2
GAR NICHT GUT	-	0.3	-	-	-	2.2	0.1	1.1	0.4		-	-	0.3
UNENTSCHEIDEN	4.6	5.8	2.8	9.0	7.7	15.4	1.9	16.6	7.0		2.1	4.1	6.8
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0

Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit)

WIE SEHEN SIE DAS FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION? SCHADET DER AUSTRITT GROSSBRITANNIENS DER EU SEHR, ZIEMLICH,
 ETWAS ODER GAR NICHT?
 (FRAGE 20b)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
SEHR	4.0	4.3	2.9	3.8	4.3	4.2	1.9	3.7	5.5	4.9	2.9	5.1	3.2
ZIEMLICH	23.2	21.4	31.3	24.8	21.7	20.6	22.4	26.8	22.1	26.6	18.4	27.7	19.5
ETWAS	46.7	47.3	43.8	47.7	45.7	49.3	42.6	49.8	45.0	48.2	44.5	51.7	42.5
GAR NICHT	14.1	15.4	8.2	15.0	13.2	11.6	18.2	11.8	14.8	12.9	15.8	10.8	16.8
WIRD NUTZEN	1.4	1.4	1.5	1.2	1.6	1.4	0.9	0.7	2.4	1.5	1.3	0.7	1.9
UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	10.6	10.2	12.3	7.5	13.5	12.9	13.9	7.2	10.2	5.9	17.2	4.1	16.0
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG		JA	GLAUBE NICHT
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746		123	184	634
SEHR	3.4	4.0	8.3	3.9	1.8	5.3	4.1	5.7	4.8		3.4	5.7	4.0
ZIEMLICH	22.8	27.6	13.2	31.4	25.7	13.6	25.9	22.8	26.2		15.3	31.0	20.8
ETWAS	51.7	45.8	54.4	41.9	36.8	39.6	52.2	33.7	46.6		51.7	48.2	48.0
GAR NICHT	13.0	12.7	11.1	10.5	21.8	21.9	10.4	23.5	13.8		17.6	7.3	18.5
WIRD NUTZEN	0.8	0.7	2.2	0.8	2.6	5.1	1.2	1.8	1.2		3.4	3.1	0.8
UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	8.2	9.1	10.8	11.5	11.4	14.5	6.2	12.6	7.4		8.5	4.6	7.9
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0

Flüchtlingspolitik

NACH WIE VOR KOMMEN JA FLÜCHTLINGE NACH EUROPA. WIE SOLLTE MAN IHRER MEINUNG NACH MIT DIESER SITUATION
 UMGEHEN, WAS VON DIESER LISTE HALTEN SIE FÜR SINNVOLL? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 40)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
MAN SOLLTE DIE SCHLEPPERBANDEN, DIE FLÜCHTLINGE ILLEGAL NACH EUROPA BRINGEN, STÄRKER BEKÄMPFEN ..	86.1	86.8	83.4	86.5	85.8	88.9	81.4	87.0	86.7	87.1	84.8	88.7	84.1
MAN SOLLTE ABGELEHN- TE ASYLBEWERBER KON- SEQUENT ABSCHIEBEN .	76.4	75.0	82.3	80.2	72.7	64.5	76.9	78.0	80.9	75.7	77.3	76.4	76.4
MAN SOLLTE ASYLVER- FAHREN VERKÜRZEN, SCHNELLER ÜBER ASYL- ANTRÄGE ENTSCHEIDEN.	76.2	76.5	74.8	78.3	74.2	72.9	75.0	75.8	79.0	78.4	73.2	80.7	72.5
MAN SOLLTE MEHR ENTWICKLUNGSHILFE IN DEN HERKUNFTS- LÄNDERN DER FLÜCHT- LINGE LEISTEN	73.9	73.8	74.3	71.3	76.3	77.2	64.3	78.3	74.2	76.2	70.7	80.0	68.8
MAN SOLLTE DIE FLÜCHTLINGE NACH FESTEN VORGABEN BZW. EINER BESTIMM- TEN QUOTE AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU VERTEILEN	61.3	62.7	55.1	61.2	61.4	62.5	55.6	63.6	62.2	65.0	56.2	67.0	56.6
MAN SOLLTE AUFFANG- LAGER AUSSERHALB VON EUROPA AUFBAUEN UND SCHÖN DORT ÜBER ASYLANTRÄGE ENT- SCHEIDEN	54.4	54.5	54.1	59.7	49.4	56.1	56.0	56.4	50.9	54.9	53.8	54.1	54.7
DIE EUROPÄISCHE UNION SOLLTE DIE LÄNDER, IN DENEN DIE FLÜCHTLINGE ANKOM- MEN, STÄRKER UNTER- STÜTZEN	54.2	55.6	48.0	54.1	54.3	58.4	48.3	55.3	54.6	59.2	47.3	63.6	46.5
DIE EUROPÄISCHEN LÄNDER SOLLTEN IM MITTELMEER VERSTÄRKT SCHIFFE EINSETZEN, UM FLÜCHTLINGSKATASTRO- PHEN ZU VERHINDERN .	51.8	54.4	39.9	50.3	53.1	61.1	48.0	48.8	51.5	53.5	49.4	56.1	48.2

NACH WIE VOR KOMMEN JA FLÜCHTLINGE NACH EUROPA. WIE SOLLTE MAN IHRER MEINUNG NACH MIT DIESER SITUATION
 UMGEHEN, WAS VON DIESER LISTE HALTEN SIE FÜR SINNVOLL? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 40)

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG	JA	GLAUBE NICHT	
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746	123	184	634	
MAN SOLLTE DIE SCHLEPPERBANDEN, DIE FLÜCHTLINGE ILLEGAL NACH EUROPA BRINGEN, STÄRKER BEKÄMPFEN ..	89.2	86.9	83.3	79.9	86.6	78.9	89.6	80.0	87.6	78.8	84.3	87.3	
MAN SOLLTE ABGELEHN- TE ASYLBEWERBER KON- SEQUENT ABSCHIEBEN .	80.6	79.9	76.8	51.6	62.7	85.4	74.2	82.9	79.3	73.0	72.7	81.0	
MAN SOLLTE ASYLVER- FAHREN VERKÜRZEN, SCHNELLER ÜBER ASYL- ANTRÄGE ENTSCHEIDEN.	80.4	76.2	78.6	72.5	70.8	69.3	81.6	70.0	79.3	70.7	80.6	77.9	
MAN SOLLTE MEHR ENTWICKLUNGSHILFE IN DEN HERKUNFTS- LÄNDERN DER FLÜCHT- LINGE LEISTEN	75.6	77.3	77.7	80.5	73.1	51.0	82.9	65.4	75.1	68.7	83.1	71.6	
MAN SOLLTE DIE FLÜCHTLINGE NACH FESTEN VORGABEN BZW. EINER BESTIMM- TEN QUOTE AUF DIE MITGLIEDSLÄNDER DER EU VERTEILEN	65.1	66.3	64.0	55.4	58.5	44.5	68.5	46.1	64.5	50.1	72.2	59.4	
MAN SOLLTE AUFFANG- LAGER AUSSERHALB VON EUROPA AUFBAUEN UND SCHÖN DORT ÜBER ASYLANTRÄGE ENT- SCHEIDEN	56.9	55.3	59.6	30.2	48.0	69.4	50.5	63.0	57.5	50.8	51.4	57.4	
DIE EUROPÄISCHE UNION SOLLTE DIE LÄNDER, IN DENEN DIE FLÜCHTLINGE ANKOM- MEN, STÄRKER UNTER- STÜTZEN	57.2	58.3	46.8	64.8	54.4	28.5	66.7	32.3	55.9	52.6	63.7	54.0	
DIE EUROPÄISCHEN LÄNDER SOLLTEN IM MITTELMEER VERSTÄRKT SCHIFFE EINSETZEN, UM FLÜCHTLINGSKATASTRO- PHEN ZU VERHINDERN .	53.2	57.0	46.1	64.1	51.4	29.3	58.2	41.6	51.5	49.1	62.2	49.0	

WAS GLAUBEN SIE: IST ES MÖGLICH, DIE AUSSENGRENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION WIRKUNGSVOLL GEGEN UNKONTROLLIERTE ZUWANDERUNG ZU SCHÜTZEN, ODER IST DAS NICHT MÖGLICH? (FRAGE 41)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		INTERESSIERT AN EUROPAPOLITIK	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	JA	NICHT (BESONDERS)
Basis	1074	822	252	521	553	176	222	301	375	655	419	497	574
MÖGLICH	28.3	26.7	35.4	30.7	26.0	22.8	27.6	26.5	33.2	29.7	26.4	31.2	25.8
NICHT MÖGLICH	46.3	48.4	36.6	45.8	46.7	42.2	44.8	52.9	43.7	48.8	42.7	48.0	44.9
SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	25.5	24.9	27.9	23.5	27.3	35.0	27.6	20.6	23.1	21.5	31.0	20.8	29.4
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

	ANHÄNGER DER -						EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT		GRUNDLEGENDE REFORMEN IN DER EU			GRUNDLEGENDE REFORMEN KOMMEN	
	CDU/CSU	SPD	FDP	B.90/GRÜNE	DIE LINKE	AFD	JA	NEIN	NÖTIG	NICHT NÖTIG		JA	GLAUBE NICHT
Basis	386	264	77	107	111	104	656	207	746		123	184	634
MÖGLICH	26.6	29.5	29.1	12.8	28.1	47.1	25.9	35.0	30.4		21.5	32.3	28.1
NICHT MÖGLICH	48.5	45.5	46.5	52.3	51.5	30.9	49.2	43.6	47.8		53.8	48.9	49.9
SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	24.9	25.1	24.3	34.9	20.4	22.0	24.8	21.4	21.9		24.7	18.8	22.0
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	417	132	549	Personen
B	405	120	525	Personen
Insgesamt	822	252	1074	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 325 geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 13. bis 21. September 2017 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.076III

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.076III befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2017			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	15	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	9	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	20	20	20	20
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	34	34	34	34
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.076III befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage September 2017			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	62	62	61
Nichterwerbspersonen	38	38	38	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	12	12	12	12
Angestellte	41	40	41	40
Beamte	3	4	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	6	6
Nichterwerbspersonen	38	38	38	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	52
- Männer	26	26	26	26
- Frauen	26	26	27	26
Ledig	31	31	31	32
Verwitwet, geschieden	17	17	16	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	15	15	16	14
- 5 und mehr Personen	4	4	3	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2016

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11076/III
13. bis 20. September 2017

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	"Zu Europa:	JA, DAS STIMMT..... 1
T	Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"	MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

2.	"Einmal ganz allgemein gefragt: Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE 1 MEHR NACHTEILE 2 GLEICHEN SICH AUS 3 WEISS NICHT 4
----	--	---

In der repräsentativen Halbgruppe B:

2.	"Einmal ganz allgemein gefragt: Was wäre Ihrer Meinung nach für die Zukunft, für die weitere Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt, oder wenn Deutschland die Europäische Union verlässt?"	MITGLIED BLEIBEN 1 EU VERLASSEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----	---	--

3.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen" 1 "großes Vertrauen" 2 "nicht so großes Vertrauen" 3 "kaum, gar kein Vertrauen" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
----	---	--

4.	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 ! "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Bereiche. Was würden Sie sagen: In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten? (Alles Genannte einkreisen!)"	
T	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /	BEI NICHTS DAVON 0 KEINE ANGABE 9

5.	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden" 1 "zufrieden" 2 "weniger zufrieden" 3 "gar nicht zufrieden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
----	---	---

6. a)	"Glauben Sie, dass innerhalb der EU grundlegende politische Reformen und wichtige Veränderungen nötig sind, oder glauben Sie das nicht?"	GRUNDLEGENDE REFORMEN NÖTIG 1 GLAUBE DAS NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-------	--	---

b)	"Und glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"	KOMMT ZU GRUNDLEGENDEN REFORMEN..... 4 GLAUBE DAS NICHT 5 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6
----	---	--

7.	"Eine Frage zum Euro:	"großes Vertrauen"	1
T	Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Haben Sie ..."	"weniger Vertrauen"	2
		"kaum, gar kein Vertrauen"	3
		UNENTSCHEIDEN	4

8.	INTERVIEWER überreicht gelbes Bildblatt 2 !		
T	"Großbritannien hat sich ja dafür entschieden, die EU zu verlassen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?"	DER OBERE	1
		DER UNTERE	2
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3

9. a)	"Was glauben Sie:	"ja, sehr"	1
T	Wird der Austritt aus der EU Großbritannien schaden? Würden Sie sagen..."	"ja, ziemlich"	2
		"ja, etwas"	3
		"gar nicht"	4
		WIRD NUTZEN	5
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	6

b)	"Und wie sehen Sie das für die Europäische Union? Schadet der Austritt Großbritanniens der EU sehr, ziemlich, etwas oder gar nicht?"	SEHR	1
		ZIEMLICH	2
		ETWAS	3
		GAR NICHT	4
		WIRD NUTZEN	5
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	6

10.	"Wie sollte sich die EU Ihrer Meinung nach bei den Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens verhalten: Sollte sie ganz konsequent Großbritannien alle Vorteile einer EU-Mitgliedschaft entziehen, oder sollte sie Großbritannien entgegenkommen und weiterhin Vorteile gewähren?"	VORTEILE ENTZIEHEN	1
t		ENTGEGENKOMMEN/GEWÄHREN	2
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3

11.	"Zwei Fragen zu Frankreich:	"sehr gut"	1
t	Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich? Würden Sie sagen, das Verhältnis ist ..."	"gut"	2
		"nicht so gut"	3
		"gar nicht gut"	4
		UNENTSCHEIDEN	5

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

12.	"Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, oder ist das nicht möglich?"	IN DER LAGE	1
T		NICHT MÖGLICH	2
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3

13.	INTERVIEWER überreicht graue Liste 3 !		
t	"Nach wie vor kommen ja Flüchtlinge nach Europa. Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen, was von dieser Liste halten Sie für sinnvoll?" (Alles Genannte einkreisen!)		
		/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /	
		/ 11 / 12 / 13 / 14 /	
		NICHTS DAVON	0
		KEINE ANGABE	9

14. T	"Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"	MÖGLICH 1 NICHT MÖGLICH 2 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 3
----------	--	---

15. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"	BEMÜHEN SICH 1 BEMÜHEN SICH NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	---	--

16. T	"In der Europäischen Union haben die verschiedenen Mitgliedsländer ja ganz unterschiedliche Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik. Einige Länder nehmen viele Flüchtlinge auf, andere Länder versuchen nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge ins Land zu lassen. Haben Sie persönlich Verständnis für die Länder, die nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge in ihr Land lassen, oder haben Sie dafür kein Verständnis?"	HABE VERSTÄNDNIS 1 KEIN VERSTÄNDNIS 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	--	--

An späterer Stelle im Interview:

17. T	"Interessieren Sie sich für die Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER 2 GAR NICHT 3
----------	--	---

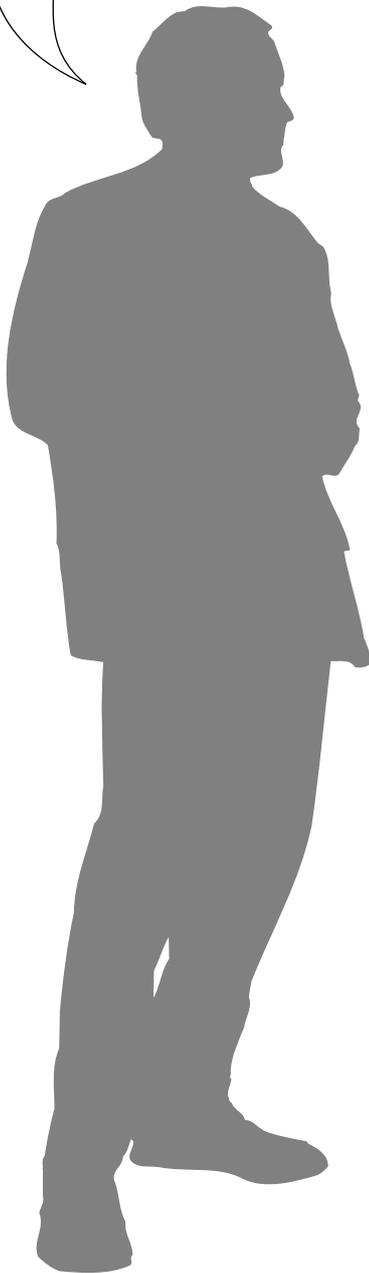
L I S T E 1

- (1) Beim Datenschutz
- (2) In der Außenpolitik
- (3) In der Verteidigungspolitik
- (4) In der Flüchtlingspolitik
- (5) In der Steuerpolitik
- (6) Beim Einsatz für Menschenrechte
- (7) In der Wirtschaftspolitik
- (8) Beim Umweltschutz
- (9) In der Energiepolitik
- (10) Beim Schutz der Meinungs-
und Pressefreiheit
- (11) Bei der Terrorabwehr
- (12) In der Sozialpolitik
- (13) Beim Umgang mit Korruption
- (14) In der Bildungspolitik
- (15) In der Gesundheitspolitik
- (16) Beim Kampf gegen organisierte
Kriminalität

BILDBLATT 2

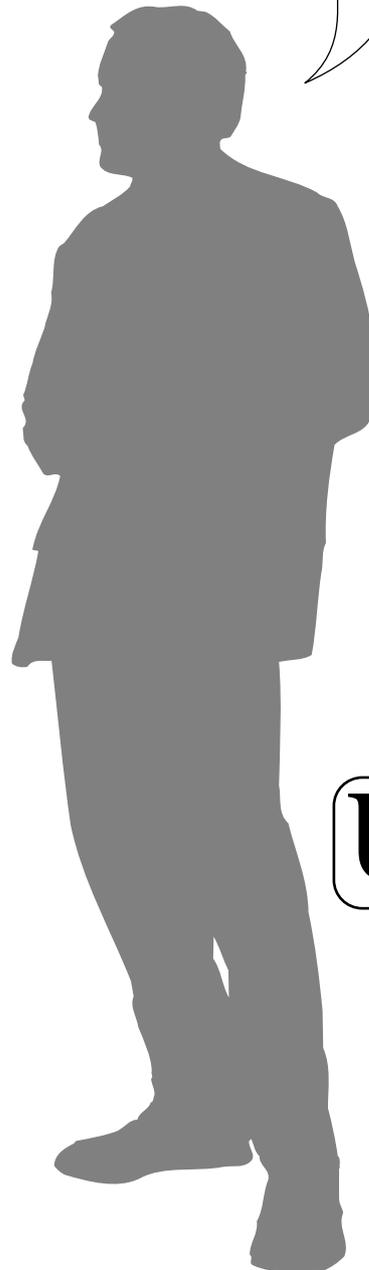
"Ich finde es gut, dass Großbritannien die EU verlässt. Die Briten haben immer Sonderregelungen beansprucht, und die EU musste ihnen immer entgegenkommen. Es ist daher besser für die EU, wenn Großbritannien nicht mehr Mitglied ist."

O



"Mir wäre es lieber gewesen, wenn Großbritannien sich dafür entschieden hätte, Mitglied der EU zu bleiben. Es schwächt die EU politisch und wirtschaftlich sehr, dass ein so wichtiges Mitgliedsland wie Großbritannien die EU verlässt."

U



L I S T E 3

- (1) Man sollte es Flüchtlingen erleichtern, in Deutschland als Asylbewerber aufgenommen zu werden
- (2) Man sollte Auffanglager außerhalb von Europa aufbauen und schon dort über Asylanträge entscheiden
- (3) Man sollte mehr Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern der Flüchtlinge leisten
- (4) Man sollte die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa abfangen und zurückschicken
- (5) Man sollte alle Flüchtlinge in Europa aufnehmen und ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewähren
- (6) Die europäischen Länder sollten im Mittelmeer verstärkt Schiffe einsetzen, um Flüchtlingskatastrophen zu verhindern
- (7) Man sollte die Flüchtlinge in das Land reisen lassen, in dem sie Asyl beantragen wollen
- (8) Man sollte die Schlepperbanden, die Flüchtlinge illegal nach Europa bringen, stärker bekämpfen
- (9) Die Europäische Union sollte die Länder, in denen die Flüchtlinge ankommen, stärker unterstützen
- (10) Man sollte abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben
- (11) Man sollte die Flüchtlinge nach festen Vorgaben bzw. einer bestimmten Quote auf die Mitgliedsländer der EU verteilen
- (12) Man sollte die Flüchtlinge in die Länder zurückschicken, in denen sie in die Europäische Union eingereist sind
- (13) Man sollte mehr Möglichkeiten schaffen, wie Flüchtlinge, die ein Anrecht auf Asyl haben, sicher nach Europa kommen können
- (14) Man sollte Asylverfahren verkürzen, schneller über Asylanträge entscheiden